

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BUKAREST, 17. Juni.

Karl Peter Schwartz

Hunderte rumänische Künstler, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft protestierten am Wochenende gegen die „Säuberung“ des öffentlichen Dienstes, des Fernsehens und kultureller Institutionen durch die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Victor Ponta. Eine Petition, die unter anderem die Filmregisseure Cristian Mungiu und Cristi Puiu sowie der Schriftsteller Norman Manea unterzeichneten, fordert die Rücknahme einer Verordnung, die das Rumänische Kulturinstitut (RKI) der Kontrolle durch das Parlament unterstellt.

Bisher unterstand das RKI, das die Kulturinstitute im Ausland koordiniert, dem Präsidenten. Die Entscheidung der Regierung richtet sich vor allem gegen den parteiunabhängigen RKI-Direktor Horia-Roman Patapievici, einen der renommiertesten Intellektuellen des Landes. Die Nachrichtenagentur AFP zitierte Christian Mungiu mit den Worten, in Rumänien sei „eine Säuberung der schlimmsten Sorte“ im Gang, Manea prangerte die „brutalen Praktiken“ arroganter Politiker an.

Gefeuert wurden auch Vladimir Tismaneanu und Ioan Stanimir vom Institut für das Studium der kommunistischen Verbrechen, sowie der Generaldirektors der Staatsarchive, Dorin Dobrinu. Alle drei hatten an einem Bericht mitgearbeitet, den Präsident Traian Basescu im Dezember 2006 gegen massive Proteste der sozialdemokratischen PSD im Parlament vorgestellt hatte. Die PSD hatte den Autoren des Berichts vorgeworfen, die kommunistische Ära zu „verleumden“.

In einer gemeinsamen Erklärung warnten führenden Nicht-Regierungsorganisationen und Think Tanks, unter ihnen **Expert Forum (EFOR) und Freedom House**, am Sonntag vor einer totalen Politisierung der Verwaltung. In wenigen Wochen sei nicht nur das Wahlrecht im Interesse der Regierungsparteien geändert worden, die Regierung habe auch sämtliche Präfekten ausgetauscht und den Vorsitzenden des Aufsichtsrates des öffentlichen Fernsehens durch einen unerfahrenen, regierungsnahen Kommentator ersetzt. Zudem habe sie mehrmals zugunsten des ehemaligen Ministerpräsidenten Adrian Nastase in das Gerichtsverfahren eingegriffen, in dem er sich gegen die Anklage der Korruption zu verteidigen hat. Der Wunsch, vor den Parlamentswahlen kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, sich unabhängige Institutionen zu unterwerfen und die Justiz zu instrumentalisieren, sei unverkennbar.